

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

**Article — Digitized Version**

**Kurz kommentiert: Geldmenge - Arbeitszeitverkürzung -  
GKV - Verkehrswegefinanzierung - USA-Japan**

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1994) : Kurz kommentiert: Geldmenge - Arbeitszeitverkürzung - GKV - Verkehrswegefinanzierung - USA-Japan, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 74, Iss. 3, pp. 109-110

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/137100>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

---

## Geldmenge Überzeichnetes Wachstum

---

Solange die Deutsche Bundesbank Geldmengenziele verfolgt, hat es weder bei M3 – bestehend aus Bargeld, Sicht-, Termin- und Spareinlagen bei Banken – noch bei anderen Geldmengengrößen einen solch aufsehenerregenden Wachstumsstoß wie den vom Januar gegeben. Die genannte Wachstumsrate von 20,6% gegenüber dem Durchschnitt des vierten Quartals 1993 relativiert sich zwar, wenn man berücksichtigt, daß diese auf das ganze Jahr hochgerechnet und dadurch statistisch überzeichnet wird. Dies gilt erst recht, wenn man die Sonderfaktoren in Rechnung stellt, auf die die Bundesbank verweist: Kapitaltransfers infolge der Einbeziehung von Investmentfondsanteilen in die Zinsabschlagsteuer ab 1994, die zum Jahresende typischen bilanzwirksamen „Window-Dressing“-Operationen von Unternehmen und das Vorziehen von Immobilienkäufen Privater angesichts der Aufhebung von Steuervergünstigungen. Solche Sonderfaktoren stimulieren die Geldmenge in der Regel nur vorübergehend.

Allerdings bedarf die Stärke der ausgelösten Reaktionen zusätzlicher Erklärung. So befinden sich die internationalen Kapitalmärkte aufgrund der Zinstendenzwende in den USA gerade in einer recht labilen Phase, welche Überreaktionen fördert, die seit der Liberalisierung des EG-Kapitalverkehrs 1990 verstärkt zu beobachten sind. Soweit das Umfeld international bestimmt ist, sind die direkten Einwirkungsmöglichkeiten der Wirtschaftspolitik beschränkt. Die Geldpolitik muß deshalb um so mehr auf Verstetigung bedacht sein. Entsprechend dürfte der bereits sehr vorsichtige geldpolitische Lockerungskurs der Bundesbank, der eine Verzögerung weiterer Zinssenkungen nicht ausschließt, fortgesetzt werden. de

---

## Arbeitszeitverkürzung Im Osten etwas Neues

---

Anders als manche Landespolitiker, die eine Arbeitszeitverlängerung im öffentlichen Dienst durchsetzen, hat die Gewerkschaft ÖTV in das gerade abgeschlossene Tarifpaket Arbeitszeitverkürzungen bis auf 32 Stunden für Beschäftigte in Ostdeutschland eingebracht. Sie sollen als letztes Mittel zur Vermeidung von Entlassungen dienen und dezentral ausgehandelt werden können. Die Öffnungsklausel ist mit einer Beschäftigungsgarantie verbun-

den und gilt längstens fünf Jahre. Die Forderung nach einem – zentral zu vereinbarenden – Lohnausgleich von 1,4% je Stunde wurde aufgegeben; ein teilweiser Lohnausgleich soll nun vor Ort vereinbart werden.

Sicherlich ist der Personalbestand im öffentlichen Dienst in Ostdeutschland – verglichen mit westdeutschen Verhältnissen – immer noch zu hoch, auch wenn Fortschritte bei Umstrukturierungen in diesem Bereich zu verzeichnen sind. Fraglich ist, ob die vorgeschlagene befristete Arbeitszeitverkürzung ein Mittel ist, Kündigungen in erheblichem Ausmaß verzichtbar zu machen. Um eine zusätzliche Belastung der hochdefizitären öffentlichen Haushalte zu vermeiden, müßte vor allem auf den Lohnausgleich verzichtet werden.

Neben der Senkung der Last der Personalausgaben ist im öffentlichen Dienst in Ostdeutschland das Problem zu lösen, daß dem überhöhten Personalbestand an manchen Stellen gleichzeitig ein Mangel an geeigneten Kräften an anderen Stellen gegenübersteht. Im Hinblick darauf liefert die vorgeschlagene, mit einer Beschäftigungsgarantie verbundene Teilzeitarbeit keinen Beitrag. Die Gefahr bliebe dabei groß, daß vorhandene Verkrustungen konserviert würden. Weitere Strukturanpassungen im öffentlichen Dienst Ostdeutschlands, so schmerzlich sie für die Betroffenen auch sein werden, sind unumgänglich. Das Ziel der Bestandssicherung, das die ÖTV verfolgt, erschwert jedenfalls die Lösung der anstehenden Aufgaben. sp

---

## GKV Patient genesen?

---

Angesichts des 1993 erzielten Rekordüberschusses von 10,2 Mrd. DM hat Gesundheitsminister Seehofer seinen Patienten, die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV), als genesen bezeichnet. Mit Hilfe eines ordnungspolitisch fragwürdigen Instrumentariums wurde eine Trendumkehr bei den Leistungsausgaben (–1,3% gegenüber 1992) erreicht, so daß bei einer gleichzeitig günstigen Einnahmeentwicklung (+ 3,9%) das gesetzlich vorgeschriebene, ökonomisch aber umstrittene Ziel der Beitragssatzstabilität verwirklicht wurde. Für 1994 hält Seehofer sogar eine Senkung des durchschnittlichen Beitragssatzes für möglich.

Dieser Erfolg darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Ausgabendeckelung, die wesentlich zu diesem Erfolg beigetragen hat, unter ökonomischen Gesichtspunkten langfristig keine sinnvolle Lösung für die Leistungssteue-

rung der GKV darstellen kann. Kurzfristig aber scheint die Budgetierung zumindest in Teilbereichen Wirtschaftlichkeitsreserven freigesetzt und damit zu einem effizienteren Ressourceneinsatz geführt zu haben. So konnten beispielsweise allein im Arzneimittelbereich durch das Ausweichen auf preiswertere Generika und den Rückgang bei der Verschreibung von Arzneien mit therapeutisch zweifelhafter Wirkung über 5 Mrd. DM eingespart werden.

Grundsätzlich wird aber durch die Vorgabe von nach oben festen Budgets kein effizientes Anreizsystem für die Leistungserbringer geschaffen. Von entscheidender Bedeutung ist, daß sich selbst bei technisch effizienter Leistungserstellung der Graben zwischen dem medizinisch Machbaren und dem Finanzierbaren durch den medizinischen Fortschritt und die Bevölkerungsentwicklung weiter öffnen wird. Die Ausgabendeckelung führt dann nicht zu einer bedarfsgerechten, sondern zu einer willkürlichen, durch Verteilungskämpfe geprägten Verteilung der Gesundheitsressourcen. Mittelfristig bedarf es daher einer grundlegenden Reform des Gesundheitswesens, um den Patienten tatsächlich zu kurieren. gt

---

### Verkehrswegefinanzierung Gefahr des Rosinenpickens

---

Bundesverkehrsminister Wissmann hat dem Bundeskabinett eine Formulierungshilfe für ein Gesetz über den Bau und die Finanzierung von Bundesfernstraßen durch Private vorgelegt. Dieses Gesetz soll Teil des Aktionsprogramms für mehr Wachstum und Beschäftigung sein und vordringliche Straßenbauprojekte früher verwirklichen, als dies aufgrund der schlechten Haushaltslage sonst möglich wäre. Der Gesetzentwurf enthält die rechtlichen Grundlagen für die Übertragung des Baus und Betriebs von einzelnen Fernstraßenprojekten an Private. Die Projekte werden dabei Teil des öffentlichen Straßennetzes. Die Privaten können jedoch zu ihrer Refinanzierung Gebühren erheben, deren Höhe und Art durch Rechtsverordnung festgelegt werden.

Dieses Vorhaben würde eine einschneidende ordnungspolitische Änderung darstellen. Kurzfristige haushaltspolitische Erwägungen reichen als Argument hierfür nicht aus. Es ist vielmehr zu fragen, ob diese Änderung auch langfristig vorteilhaft ist. Im Bereich der Finanzierung wird „privat“ häufig automatisch mit gesamtwirtschaftlicher Effizienz gleichgesetzt. Allerdings besteht dabei die Gefahr des sogenannten Rosinenpickens, bei dem die Pri-

vaten vielbefahrene Verkehrsknotenpunkte – insbesondere Brücken und Tunnel – finanzieren. Bei solchen Projekten lassen sich gegenüber den Nutzern Monopolpreise durchsetzen, die zu gesamtwirtschaftlichen Ineffizienzen führen. Eine Rechtsverordnung kann diese Preisbildung kaum mehr verhindern, weil die Gebühren ohne ein marktwirtschaftlich begrenzendes Regulativ lediglich aufgrund der Höhe der Baukosten festgelegt werden, die ihrerseits die entstandenen Ineffizienzen widerspiegeln. cw

---

### USA - Japan Eskalierender Handelskonflikt

---

Mit dem erfolgreichen Abschluß der Uruguay-Runde verband sich die Hoffnung, daß die neue multilaterale Welt handelsordnung eine friedliche Beilegung von Handelskonflikten zur Regel machen würde. Mit der jüngsten Zuspitzung der Streitigkeiten zwischen den USA und Japan über den Zugang zum japanischen Markt sind wir eines besseren belehrt worden. Dieser Streit zeigt deutlich die Schwächen einer bilateralen, merkantilistisch orientierten Handelspolitik auf. Die USA glauben durch die Androhung von Strafzöllen numerische Marktzugangsgarantien für die Bereiche Telekommunikation, Automobile, Medizintechnik und Versicherungen durchsetzen zu können. Sie verweisen dabei auf Abmachungen, die mit der Regierung Miyazawa auf dem letzten Weltwirtschaftsgipfel getroffen wurden. Die Regierung Hosokawa lehnt derartige Garantien ab. Sie verweist darauf, daß sie mit ihrem Maßnahmenpaket zur Konjunkturankurbelung den enormen japanischen Handelsbilanzüberschuß abbauen werde.

Der nach dem Scheitern des Gipfeltreffens geschürte Aufwertungsdruck auf den Yen zeigt, daß die USA trotz der damit verbundenen weltweiten Auswirkungen eine zunehmend diskretionäre, dirigistische Handelspolitik betreiben. Der gleichzeitige Flugzeugdeal mit Saudi-Arabien, bei dem sich die USA durch Lobbying auf höchster Ebene und mittels Zugeständnissen bei der Bezahlung militärischer Aufträge ein Auftragsvolumen von 6 Mrd. \$ sichern konnten, kann ebenfalls als Indiz dafür gewertet werden. Beide Seiten sind gefordert, die vorrangig in Japan, aber auch in den USA nötige Liberalisierung des Marktzugangs kontinuierlich und im Rahmen des multilateralen Handelssystems umzusetzen. Die derzeitigen Drohgebärden machen das nicht einfacher. Es ist zu hoffen, daß die Streit-schlichtungsmechanismen im Rahmen der Welthandelsorganisation ab 1995 eine frühzeitige Entschärfung solcher Konflikte bewirken. ami